

SPD-Gemeinderatsfraktion Ludwigsburg

Fraktionsvorsitzender Dr. Eckart Bohn

Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2011

Generaldebatte am Mittwoch, 24. November 2010

Der **Haushaltsentwurf 2011** der Verwaltung hat für die SPD-Fraktion ein deutliches und nicht wegzudiskutierendes Signal: Wir müssen sparen. Sparen ist das Gebot für das Jahr 2011, wahrscheinlich auch noch in 2012, auch wenn bereits der Jahresverlauf 2011 in wirtschaftlicher und damit auch in finanzieller Hinsicht optimistisch angegangen werden kann. Die Vorzeichen sind nicht schlecht. Wir sind von einem anfänglichen 20 Millionen Euro Defizit über 15 Millionen Euro auf heute 12,5 Millionen Euro und morgen - in einem Nachtragshaushalt - vielleicht 10 Millionen Euro. Aber das Defizit bleibt Defizit und auch 10 Millionen Euro müssen zuerst verkraftet werden.

Die SPD-Fraktion verzichtet deshalb in diesem Jahr erstmals auf jegliche Anträge, die zu Mehrkosten führen könnten. Unsere Politik hat zum Ziel, auch angesichts des dargestellten Zwischentiefs bewährte und notwendige Strukturen zu erhalten und nicht willkürlich zu unterschlagen, weil sie - einmal zerschlagen - kaputt sind. Das soll aber nicht heißen, dass wir den einen oder anderen Haushaltsansatz als zu üppig finden und in der kommenden Beratungsrunde hinterfragen werden. Auch in der Verwaltung hat sich - so vermuten wir - an manchen Ansätzen der Sparwille noch nicht so ganz durchgesetzt. Grundsätzlich stützen wir das Sparpotential des Verwaltungsvorschlags. Wir behalten uns aber vor, in den Haushaltsberatungen Anträge im Sachzusammenhang zu stellen.

Eine im Vorfeld diskutierte Erhöhung der Gewerbesteuer für das Jahr 2011 wollen wir nicht. Jedoch in der sicheren Erwartung, dass der grundsätzliche Konsens der gemeinderätlichen Klausur greift, dass geschaffene Strukturen nicht geschleift werden.

Was wir auf jeden Fall verhindern wollen und müssen, ist, dass **neue Investitionsprojekte** angepackt werden, die hinterher den Verwaltungshaushalt auf Dauer zusätzlich belasten. Mit Forum, Arena,

Eberhardstraße 1, Museum- und Kunstverein, um nur einige Großereignisse zu nennen, haben wir eine hervorragende Infrastruktur geschaffen und beschlossen, die aber sämtliche nicht zum Nulltarif zu haben sind und auf Dauer den Verwaltungshaushalt belasten werden. So können wir nicht nur angesichts der prekären Haushaltslage 2011 nicht weitermachen. Deshalb gebietet uns die schwindende bzw. stagnierende Einnahmeseite ein Moratorium für neue Folgekosten produzierende Projekte. Deshalb wird die SPD-Fraktion verstärkt darauf achten, dass bei jedem neuen Projekt weiterhin die finanziellen Dauerfolgen, und zwar keine einzelfallbezogenen Mogelpackungen, sondern die Gesamtkosten für den Gesamthaushalt jeweils im Beschlusstext vorgelegt werden.

Die Wohnbau Ludwigsburg hat ihren Aufgabenbereich erheblich vergrößert und wird allmählich zur strategischen Stadtentwicklung-Allzweckwaffe. Sie verwirklicht inzwischen große und wichtige Bauvorhaben und entlastet damit unseren Investitionshaushalt. Die Kehrseite der Medaille ist eine Verlagerung auf den Verwaltungshaushalt durch Mieten. Diese sind entweder nachhaltig kostendeckend und belasten den städtischen Verwaltungshaushalt oder es sind subventionierte Mieten. Dann stellt sich die Frage, welcher Geschäftspartner dann mitfinanziert, etwa die Wohnungsmieter? Zur Klärung und zur grundsätzlichen Standortbestimmung, welche Aufgaben hat die Wohnbau Ludwigsburg und zu welchen Konditionen in welchen Investitionsbereichen, zu wessen Nutzen und Last, müssen Aufsichtsrat und Gemeinderat jetzt rasch kommen.

Auch die Energieprojekte gehören kritisch begleitet, gerade weil sie so sehr im Mainstream liegen und einen Widerspruch - so er nötig wäre - oder auch nur ein kritisches Hinterfragen nicht oder selten gewagt wird.

Dabei war auch in der Vergangenheit auch nicht alles erfolgreich.

Beispiele:

- 1) Straßen mit Frischwasser gegen Feinstaub zu besprengen, scheint uns heute doch mehr als hilflos und ökologisch fragwürdig, also reiner Aktionismus.
- 2) Ich bin, glaube ich, nicht der einzige, der offen oder im Stillen die Umweltzonen für eine bloße Symbolpolitik ohne einen realen Nutzen hält. Da der Verkehr doch irgendwo durchgelassen werden muss, wird dort einfach nicht gemessen, siehe Neckartalstraße. Das ist gegenüber den dortigen nahen und entfernteren Anwohnern, etwa in Neckarweihingen, geradezu infam, weil ohnehin schon vergleichsweise hoch belastet. Darüber hinaus kenne ich keinerlei Berichte über eine spürbare Verbesserung in den Umweltzonen.

In die Kategorie des Mainstreams gehört das Energie-Kompetenz-Zentrum. Die Resonanz ist gut, das Vorhaben einer Bündelung von Sachverstand auf den Energiesektor richtig und zielführend, und deshalb haben wir dies stets unterstützt. Und trotzdem muss die Frage erlaubt sein, in welcher Höhe das

Energiekompetenzzentrum den städtischen Haushalt heute belastet und wieviel das morgen sein wird und für welche konkreten kommunalen Zwecke städtische Mittel erhalten sollen oder müssen, zumal zusätzliches Personal dort geplant ist. Ich sage es einmal plakativ: Die Entwicklung und Vermarktung von Elektromotoren würden wir gerne weiterhin der Industrie überlassen. Das ist keine kommunale Aufgabe. Eine organisatorische Bündelung der Ressourcen im Rahmen einer qualifizierten Ludwigsburger Wirtschaftsförderung wäre wohl Aufgaben-gerecht. Auch die Beteiligung an EU-Projekten kann kein Freibrief sein, der die vorherige Offenlegung einer Kosten-Nutzen-Rechnung für die Stadt entbehrlich macht. Derselbe Maßstab gilt für das Referat „Nachhaltige Stadtentwicklung“ in seiner Gesamtheit, dessen Tun oft mehr gefühlt als tatsächlich begriffen wird, dessen Ausgaben aber Jahr um Jahr steigen und im Haushaltsjahr 2011 bereits mit fast 1,6 Mio. EURO veranschlagt ist.

Der Fokus unseres politischen Bemühens hat weiterhin einen Schwerpunkt, nämlich die **Bildungspolitik** im ganz weiten Sinne.

Dies fängt an beim Kleinkind. Wir sind überzeugt, dass der Erhalt und der Ausbau von **Kinder- und Familienzentren**, der **Tagheimplätze für unter Dreijährige** für eine verträgliche gesellschaftliche Entwicklung, für die Herstellung und Wahrung von Chancengleichheit, für die Weckung von Bildungsressourcen, die unsere Wirtschaft künftig immer nötiger hat, für eine gelingende Integration unverzichtbar ist.

In einigen Stadtteilen haben wir noch richtige Notstandsgebiete in der Versorgungssituation für Kinder bis zu drei Jahren. So in Ossweil, in Neckarweihingen, in Poppenweiler, in Hoheneck. Da hilft auch die vergleichsweise seit diesem Herbst gute Situation in der Oststadt nichts, weil die Platz suchenden Kinder aus Ossweil in die Einrichtungen der Oststadt „drücken“.

Deutlich mehr als einhundert Kinder suchen in der Stadt aktuell und dringend einen Tagheimplatz, noch viel mehr haben ihn zu einer gezielten und rechtzeitigen Förderung eigentlich nötig und würden unserer gesamten Gesellschaft langfristig gut tun. So konstatiert der „Spiegel“ in einer seiner letzten Ausgaben zur Sarrazin-Diskussion: „Mehr Betreuungsangebote sind der beste Weg, um Kindern aus bildungsfernen Familien zu helfen, darin sind sich Experten einig. Der Kriminologe Christian Pfeiffer etwa hat in einer Studie belegt, dass sich die Aufstiegschancen von Migrantenkinder stark verbessern, wenn sie einen Ganztagskindergarten besuchen.“

Ohne Kita schafften es später nur neun Prozent auf ein Gymnasium, mit Kita 39 Prozent. Investitionen in die Infrastruktur sind einem Gutscheinsystem überlegen, weil sie unmittelbar bei den Kindern ansetzen.“

Das notwendige Geld zum Ausbau ist eine nachhaltige Zukunftsinvestition, nachhaltiger geht's gar nicht. Die SPD-Gemeinderatsfraktion lobt und begrüßt ausdrücklich die riesigen Anstrengungen in der Stadt für den U3-Ausbau. Wir sind aufgefordert, den eingeschlagenen Weg kompromisslos und ohne Temporeduzierung weiter zu gehen.

Das Land hat in das baden-württembergische Kindertagesbetreuungsgesetz im März 2009 die Verpflichtung der Gemeinden zum Ausbau der Kleinkinderbetreuung aufgenommen, ohne eine Bestimmung zum Ausgleich der finanziellen Mehrbelastungen zu treffen. Die Rechtslage über die der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof zu entscheiden hatte, entsprach der Rechtslage in Baden-Württemberg. Wir erwarten deshalb auch im Lande eine Entlastung der Kommunen beim notwendigen und vom Land festgelegten Ausbau der Plätze.

Und Herr Oberbürgermeister: wie schön und richtig wäre es, wenn Sie auch Kinder- und Familienzentren als Leuchtturmprojekte preisen würden. Eine bleibende qualifizierte Arbeit mit Kindern und Eltern wird das Zusammenleben in der Stadt im guten Sinne und bleibend fördern. Deshalb müssen wir die Kinder- und Familienzentren erhalten und sie nicht wieder untergehen lassen. Die SPD-Fraktion erwartet, dass in Poppenweiler als einzigem Stadtteil ohne Kinder- und Familienzentrum endlich die Standortfrage geklärt wird und noch im nächsten Jahr begonnen wird, die Planungen umzusetzen.

Der **Schulentwicklungsplan** ist auf einem guten Weg. Er ist verabschiedet und wird Schritt für Schritt realisiert. Das findet die volle Unterstützung der SPD-Fraktion. Der Ausbau von Ganztagesangeboten ist weiterhin überfrachtet von Konzeptionslosigkeit. Das ist höchst unbefriedigend, die wachsende Kernzeitenbetreuung nur ein flacher Ersatz. Auch hier fehlt das Rückgrat des Landes. Wir werden weiter bohren.

Auch für Schulen eine kritische Anmerkung: Den Kostenansatz „Neuanschaffung“ beweglicher Vermögen und „Anschaffung von Lehr- und Unterrichtsmittel“ sind die Ansätze auch innerhalb der einzelnen Schularten höchst unterschiedlich und deshalb nicht nachvollziehbar. Schulen gleicher Art, zum Beispiel Grundschulen, müssten eigentlich vergleichbare Haushaltsansätze aufweisen, da sie die gleichen Bildungs- und Erziehungsziele besitzen. Wir werden in den Beratungen darauf zurückkommen.

Auch im Baubereich scheinen uns ab und an Besitzstände gewahrt zu werden:

- Wozu 85.000 Euro für die Gesamtverkehrsplanung, oder 80.000 Euro für die Verkehrsentslastung Eglosheim, wo doch im nächsten Jahr ohnehin nichts läuft?
- In der Haushaltsstelle 126-6190 sind es in 2011 Projektausgaben über 20.000 Euro, 2010 waren es 2.000 Euro
- Sind für Unterführungen (Haushaltsstelle 137-5181) 40.000 Euro oder für die Friedhöfe 165.000 Euro unbedingt notwendig?
- Welchen Hintergrund hat die Steigerung im Titel „Dienstreisen, Fortbildung“ von 17.400 Euro in 2010 auf 28.800 Euro in 2011?
- Kann denn angesichts der Straßenzustände in der Stadt, die Friedenstraße die höchste Priorität besitzen? Oder sind – auch in Verbindung mit dem Parkraumkonzept Ost die dortigen Straßenzustände auch aufgrund der ungleich höheren Belastung vorzuziehen? Die Stadtgestaltung, Straßen und Parkräume um Forum, Film- und Medienzentrum, Jugendmusikschule, Jugendkunstschule und beiden Reithallen sind das Aushängeschild des kulturellen Ludwigsburg mit bleibenden Eindrücken auch für viele auswärtige Besucher.
- Einig waren wir in der Klausur, dass Brandschutz/Amokschutz Anlassbezogen realisiert wird, d.h. wenn ohnehin Baumaßnahmen stattfinden. Das bedeutet eine wesentliche Streckung.

Weitere Kreisverkehre werden aus Kostengründen leider nicht wie beabsichtigt unter die Räder kommen. Das ist ein Sparopfer, obwohl Kreisverkehre ökologisch, sicherheitstechnisch und in der Lärmentwicklung eine spürbare Verbesserung bringen. Da staut sich dann ein Nachholbedarf für die nächsten Jahre auf.

Vereine, Sport, Kultur, Jugend und Soziales wollen wir nach den letzten pauschalen Kürzungen nicht noch einmal zur Kasse bitten. Wir stehen zur vielfältigen Kultur in der Stadt, auch in der Suche nach zukunftsfähigen Konzeptionen, auch wenn diese nicht auf Anhieb gelingt. Wir warten auf eine konsensfähige städtische Jugendförderung in der Stadt und in den Stadtteilen unter Berücksichtigung aller Schnittstellen im Schul- und Freizeitbereich.

Diskussionswürdig ist, ob sich die Vereinsförderung von der jetzigen Förderung wegbewegen soll in Richtung alleiniger Jugendförderung und bedarfsgerechter Projektförderung. Die Förderrichtlinien müssten entsprechend verändert werden. Allerdings sind da die Stadtverbände als Selbstverwaltungsorgane gefordert, dem Gemeinderat entsprechende Vorschläge zu machen.

Wir erwarten in diesen harten finanziellen Zeiten von allen Akteuren in den genannten gesellschaftlichen Bereichen solidarisches Handeln ohne Konkurrenzneid.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einige Sätze über „**Innere Verrechnungen**“ verlieren. Das ist eine Finanzierungsform, über die sich ganze Verwaltungsbereiche, insbesondere Leitungsbereiche über Kostenzuordnungen glänzend finanzieren lassen, über Wertansätze etwa von Gebäuden Kosten und damit Gebühren steuern lassen, Gebührenhaushalte nach oben getrieben werden können, problemlos und vom Gemeinderat nicht oder kaum kontrollierbar. Das ist uns ein großes Unbehagen.

Wir stellen nun nach der Aufstellung der IHK fest, dass Ludwigsburg mit 695.70 EURO pro Einwohner weitaus an der Spitze der Bewegung ist. Das wären insgesamt atemberaubende rund 60 Mio. EURO. Der nächste, Leonberg, ist 200 Euro pro Einwohner darunter. Sind wir übers Ziel hinausgeschossen? Ziehen wir über die Inneren Verrechnungen den Bürgern das Geld aus der Tasche, indem die Dienstleistungen der Stadt verteuert wurden oder die Grundlage zur Verteuerung verwaltungsintern geschaffen wurde?

So ist der kalkulierte Abmangel der Volkshochschule aufgrund kalkulierter innerer Verrechnungen plötzlich enorm angestiegen. Jahre zuvor waren wir zufrieden mit dem gewachsenen Kostendeckungsgrad.

So ist der Ratskeller mit inneren Verrechnungen belastet, die sich deutlich über den Mieteinnahmen befinden.

So ist der Zuschuss der Stadt für die Seniorenbegegnungsstätten plötzlich um 100.000 EURO gesunken, weil die Verwaltung innere Verrechnungen gestrichen hat.

Baugenehmigungsgebühren verlangt der Landkreis (nach seinen Aussagen kostendeckend)) 4,5 %, die Stadt 6,0 % (Ursache: innere Verrechnungen?)

Meine Damen und Herren,

etwa im sozialen Bereich schauen wir mit Argusaugen darauf, dass der Verwaltungskostenansatz im Rahmen bleibt, dass etwa der Geschäftsführer nicht drei Mal verrechnet wird. Genauso müssen wir aufpassen, dass das Salär des Oberbürgermeisters nicht drei Mal in den Inneren Verrechnungen auftaucht. Welche Maßstäbe gelten für Gebäudebewertungen und Gebäudeabschreibung? Sind das einheitliche Maßstäbe oder Projektbezogene, und wenn letzteres, mit welcher Begründung?

Der Komplex „Innere Verrechnungen“ ist ein Thema der Zukunft. Da muss die Verwaltung entschlüsseln und zwar so, dass es jeder Bürger und jede Bürgerin versteht.

Ich danke im Namen meiner Fraktion all denen, die am Zustandekommen dieses Haushalts beteiligt waren, insbesondere natürlich die Kämmerei unter der Leitung von Herrn Kiedaisch. Gerade für ein derart angespanntes Jahr wie das kommende 2011, ist es unendlich schwierig einen noch funktionierenden Haushalt aufzustellen. Umso mehr steigt unsere Hochachtung für alle Verantwortlichen.